

Pressemitteilung

Ratingen, Sonntag, 3. Februar 2013 | Sebastian Wladarz

Deutsches Bildungswesen in Oberschlesien: Landsmannschaft reicht Petition beim Europaparlament ein

Die Landsmannschaft der Oberschlesier teilt mit:

Ratingen/Brüssel. Das Thema Deutsche Bildungsinfrastruktur in Polen, insbesondere in Oberschlesien, soll nach dem Willen der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. (Ratingen) auch Gremien der Europäischen Union beschäftigen. Eine entsprechende Petition hat der Bundesverband Ende des letzten Jahres an das Europäische Parlament gerichtet. Gestützt wird das Begehren an den EU-Petitionsausschuss auf dem Bericht des Europarates zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen, der Polen evidente Versäumnisse in der Umsetzung bescheinigt und dazu auch eine Resolution gefasst. So heiÙe es im Bericht der Sachverständigen: "In der Praxis gibt es jedoch keine Vorschulen, in denen Deutsch als Unterrichtssprache verwendet wird". Genauso verhalte es sich mit Angeboten im Bereich der Primarstufe (Grundschule) und der Sekundarstufe (weiterführende Schulen). Die Sachverständigenkommission rüge diese Unzulänglichkeiten in ihrem Bericht und "empfiehlt den polnischen Behörden, Unterricht in Deutsch auf Vorschul-, Grundschul- und Sekundarschulniveau anzubieten und Kontinuität von der vorschulischen Erziehung bis zum Sekundarschulunterricht innerhalb der Gebiete zu gewährleisten, in denen die deutsche Sprache benutzt wird".

Bundesvorsitzender der Landsmannschaft, Klaus Plaszczyk, erklärt das Dilemma seiner Landsleute: „Für eine Volksgruppe, der über Jahrzehnte systematisch das Menschenrecht auf Muttersprache genommen wurde, ist zur Wiedererlangung dieser Muttersprache ein entsprechendes Bildungssystem, in dem diese Muttersprache als Unterrichtssprache verwendet wird, überlebensnotwendig“. Je länger die Republik Polen die Verpflichtung, die sie als Mitglied der Europäischen Union freiwillig eingegangen ist, nicht erfülle, desto schwieriger werde die Situation seiner Landsleute in Oberschlesien, betont er. Im Moment herrsche in dieser Hinsicht eher Stillstand.

Warum jetzt der Gang nach Brüssel? Dazu führt der Bundeskulturreferent der Oberschlesier, Sebastian Wladarz, aus: „Ich hatte im vergangenen Jahr anlässlich der Tagung der deutsch-polnischen Parlamentariergruppen aus Sejm und Bundestag in Warschau den Europaratsbericht herangezogen und gefragt, ob dieser Konsequenzen für das Regierungshandeln auf beiden Seiten haben würde. Hierzu haben wir keine Antwort erhalten“. Zudem haben zuständige Vertreter der Bundesregierung erklärt, sie seien nicht für die Überwachung der Erfüllung von Verpflichtungen aus der Charta der Regional- und Minderheitensprachen durch Polen zuständig. „Wir gehen also davon aus, dass uns nichts anderes bleibt, als europäische Gremien anzurufen, wenn es sich um einen Mitgliedstaat der EU handelt“, erläutert Wladarz. Es müsse einen Weg geben, so der gebürtige Gleiwitzer, wie man den Stein ins Rollen bringen könne.

In Gesprächen in der Schule in Cosel-Rogau, die durch einen Trägerverein der deutschen Minderheit übernommen wurde, habe die Landsmannschaft erfahren, wie mühsam es für die Landsleute sei, einen Fortschritt im Bildungswesen zu erreichen. Es fehle immer noch an Akzeptanz. „Hier bedarf es auch der Hilfestellungen des polnischen Staates. Gesetzliche Grundlagen alleine reichen nicht aus“, sagt Bundesvorsitzender Plaszczyk. Ermuntert werde er dabei von den Aussagen des Vorsitzenden der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Georg Schirmbeck, der anlässlich seines Besuchs in Oberschlesien sagte,

die Polen müssten ihr ureigenes Interesse darin sehen, die deutsche Sprache in Oberschlesien zu fördern. „Insofern wollen wir unseren Landsleuten helfen und handeln auch im polnischen Interesse“.

INFO: Hier der Link zur Resolution des Europarates:
<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=2009983&Site=CM&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=EDB021&BackColorLogged=F5D383>

Weitere Informationen erteilt:

SEBASTIAN WLADARZ

Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

Leiter der Bundesgeschäftsstelle

Bundesreferent für Kultur und Medien

Bahnhofstraße 71 · 40883 Ratingen

Fon: +49 (2102) 68033 · Fax: +49 (2102) 66558

Mobil: +49 (177) 7158220

Email: kultur@oberschlesien.de

www.oberschlesien.de